

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
Sitzung vom 11. Juli 2013

Gesch. Nr. 055/11

**08.08.30 Elektrizitätsversorgung, Energie, Gasversorgung; Solar- und Windkraftanlagen, Alternativenergien, Förderung von Alternativlösungen (sa 5.03.0)
Beantwortung des Postulats von Gemeinderat Urs Gut, GP, und Mitunterzeichnende betreffend Strom gemäss EKZ-Angebot**

[...]

**3. GESCHÄFT-NR. 055/11
Postulat Urs Gut, GP, und Mitunterzeichnende, betreffend Strom gemäss EKZ-Angebot –
Beantwortung**

ANTRAG DES STADTRATES

In Beantwortung bzw. zur Erledigung des vorstehenden Postulates unterbreitet der Stadtrat mit Protokollauszug vom 21. März 2013 folgenden Antrag:

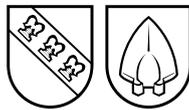
DER GROSSE GEMEINDERAT

- gestützt auf den Antrag des Stadtrates und in Anwendung von § 18 Ziffer 1 sowie § 26 Ziffer 3 und 4 der Gemeindeordnung -

BESCHLIESST:

1. Für den Bezug von 100 % "EKZ Naturstrom basic" für die städtischen Anlagen, wird ein jährlich wiederkehrender Kredit für die Mehrkosten von Fr. 36'000.- zu Lasten der jeweiligen Strom-Konten der Laufenden Rechnung genehmigt.
2. Für den Eigenbau von Photovoltaik-Anlagen wird ein Rahmenkredit von Fr. 375'000.- zu Lasten der Investitionsrechnung Konto 400.5650.03 (neues Konto) genehmigt.
3. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.
4. Die Beantwortung des Postulates von Gemeinderat Urs Gut, GP, und Mitunterzeichnenden betreffend "Strom nach EKZ-Angebot" wird zur Kenntnis genommen und der parlamentarische Vorstoss als erledigt abgeschlossen.
5. Die Ziffern 1. und 2. dieses Beschlusses unterstehen dem fakultativen Referendum.
6. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - a. den Stadtrat, zweifach,
 - b. die Abteilung Hochbau,
 - c. die Abteilung Finanzen,
 - d. das Ratssekretariat, dreifach.

Der detaillierte Wortlaut der Postulatsbeantwortung ergibt sich aus dem Weisungstext des Stadtrates gemäss den separaten Akten. Im Übrigen ist aus den Geschäftsakten die detaillierte Vorgeschichte zu diesem Geschäft nachvollziehbar (Umwandlung einer Motion in ein Postulat anlässlich der seinerzeitigen



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 11. Juli 2013

Begründung/Überweisung).

BEHANDLUNG IM RAT ABSCHIED DER GESCHÄFTSPRÜFUNGSKOMMISSION

Die Vorberatung dieses Geschäftes fand in der Geschäftsprüfungskommission GPK statt, welche mit Schreiben vom 24. Juni 2013 einen Mehr- wie auch einen Minderheitsantrag verabschiedet. Der Mehrheitsantrag unterstützt die stadträtliche Vorlage, während sich der Minderheitsantrag zur Ablehnung derselben ausspricht. Erläutert werden diese Anträge durch Gemeinderat Ueli Kuhn, SVP, zur Mehr- und Gemeinderat Mathias Ottiger, SVP, zur Minderheit.

Um 19.32 stösst Gemeinderat Stephan Thalmann, FDP/JLIE, zum Plenum hinzu. Das verzögerte Erscheinen wurde angekündigt. Die Zahl der anwesenden Stimmberechtigten Ratsmitglieder steigt auf 31; das absolute Mehr beträgt 16.

Gemeinderat Ueli Kuhn, SVP, vertritt den Abschied der Kommissionsmehrheit, welche beide im Geschäft integrierten Anträge stützt. Das Referat, welches anhand einer visuellen Präsentation in den Saal projiziert wird, findet sich im Anhang zu diesem Protokoll. Ferner rezitiert Gemeinderat Kuhn den Kommissionsabschied wortgetreu.

Gemeinderat Mathias Ottiger, SVP, spricht für die Kommissionsminderheit, welche beantragt, das Postulat als erledigt abzuschreiben; gleichzeitig empfiehlt sie, dem Gesamtrat, die stadträtlichen Kreditanträge zu verwerfen.

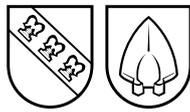
Für die Wiedergabe der Kommissionhaltung wird auf den separaten Abschied in den Akten verwiesen. Die Projektionspräsentation zum diesbezüglichen Votum findet sich im Anhang zum Protokoll.

Gemeinderat Urs Gut, GP/GLP, Urheber des Postulates (dessen Abschreibung nun durch den Stadtrat beantragt wird), erachtet die vorgeschlagene Lösung als gangbar. Zwar bestehen gewisse Unterschiede zu seinem damaligen Vorschlag. Der Stadtrat habe aber sogar beim gewählten Mischverhältnis der verschiedenen Stromarten noch eine bessere Variante evaluiert, die letztendlich nur Fr. 5.- pro Einwohner ausmachen. Dies sei vertretbar.

Gemeinderat Marco Nuzzi, JLIE/FDP, meint, dass es noch nicht lange her sei, als der Gemeinderat dieses Postulat überwiesen habe.

Der Stadtrat habe in gewisser Hinsicht einige Abschwächungen vorgenommen, was zu einer Ausgewogenheit führt – dies sei durchaus einzugestehen und zu honorieren.

Mit dem zweiten Punkt des stadträtlichen Antrages betreffend des Eigenbaus von Photovoltaik-Anlagen erklärt sich die JLIE-Fraktion (unter anderem) nicht einverstanden. Eine solche Investition ziehe eindeutig Mehrkosten nach sich. Die finanzielle Lage des städtischen Etats erlaubt es nicht, nun in diesem Betätigungsfeld aktiv zu



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 11. Juli 2013

werden – hier nun ideologische Grundsatzdiskussionen über Atomstrom „pro oder contra“ zu halten, würde zu weit führen.

Den Bau von Photovoltaikanlagen im Allgemeinen zu fördern und zu unterstützen, sei sicherlich wichtig und richtig. Allerdings müsse hierzu ein anderer Weg beschritten werden. Die Kostengutsprache für solche Ansinnen hat über dezidierte Objektkredite bei spezifischen Vorhaben - und nicht wie hier über einen allgemeinen Kredit - zu erfolgen.

Zusammenfassend kommt Gemeinderat Nuzzi zum Schluss, dass die JLIE-Fraktion den vorliegenden Antrag in dieser Form nicht gutfinden kann und empfiehlt deshalb die Annahme des Minderheitsantrages der GPK.

Gemeinderat Rainer Hugener, GP/GLP, veranschaulicht anhand mehrerer Zeitungsausschnitte (u.a. der Neuen Zürcher Zeitung NZZ) die Kompetenzenregelung hinsichtlich eines Atomausstieges oder der Förderung von alternativen Energien. Aus dem Votum von Rainer Hugener geht hervor, dass der Bund bei der Umsetzung seiner Strategie hier dringend auf die Unterstützung von Kantonen und Gemeinden angewiesen ist. Die Bundesbehörden bzw. -ämter gingen voran, die Kantone und Kommunen müssten aber dessen Bemühungen fortführen. Gar nutze nun der Kanton Obwalden für dessen Verwaltung 100-prozentigen Ökostrom. Wer A sagt, müsse auch B sagen – und eigentlich sei man doch auf gutem Weg dazu.

Hugener referenziert ebenso auf die Bemühungen der Stadt Illnau-Effretikon, das Energiestadt-Label zu halten und dieses allenfalls in den Goldstatus zu erheben. Nur schon alleine deswegen müssten nun die Bemühungen des Stadtrates auch durch den Grossen Gemeinderat (mit Zustimmung zu diesen Anträgen) honoriert werden.

Gemeinderat Hugener bittet um positive Unterstützung.

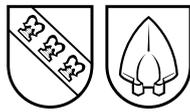
Gemeinderat Daniel Nufer, SP/JUSO, hält fest, dass das Energiestadtlabel nicht zu „schönen Zeitungsartikeln“ nach erfolgter Rezertifizierung verpflichte, sondern auch zu Taten, die sich durch Nachhaltigkeit auszeichnen, auffordere.

Das Regionaljournal von Schweizer Radio und Fernsehen SRF berichtete kürzlich über eine rundum erneuerte Stromanlage im Kanton Thurgau. Das an der Thur gelegene Kraftwerk konnte seine Energieeffizienz um das Neunfache der bisherigen Leistung steigern.

Es sei auch zu erwägen, dass der Strom umweltfreundlichen Ursprungs sei. Auch angesichts der finanziell angespannten Lage fielen lediglich Kosten von Fr. 2.40 pro Einwohner und Jahr an (oder auf einen Tag heruntergebrochen: 2/3 Rappen pro Einwohner).

Der vorstehende Antrag resultiert in einer sinnvollen Investition, die nicht zuletzt dazu dient, unabhängiger vom Atomstrom zu werden. Nufer bekräftigt, die Kosten dafür gerne in Kauf zu nehmen. Der stadträtliche Antrag sei die logische Konsequenz zum Bestreben des Stadtrates, das Energiestadtlabel zu halten.

Gemeinderat Nufer bittet, dem stadträtlichen Antrag und dem Mehrheitsantrag der GPK zuzustimmen und freut sich schon jetzt, wenn die Stadt bei der nächsten Gelegenheit mit dem Gold-Label klassifiziert wird.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

Sitzung vom 11. Juli 2013

Gemeinderat Roger Miauton, SVP, verweist auf eine illustrierte Übersicht, die er dem Plenum hat austeilen lassen. Diese fasse ein Referat zum Thema Energie zusammen, welches Miauton bei einer früheren Gelegenheit gehalten hat.

Roger Miauton betont die Wichtigkeit, in solchen Fragen stets beide Energieformen zu beurteilen und in ein Verhältnis zu setzen. Miauton spricht von thermischer und elektrischer Energie.

Die detaillierten Ausführungen sind der diesem Protokoll beigefügten Darstellung zu entnehmen.

Es wäre zu begrüssen, wenn die Stadt Illnau-Effretikon selbst eine aktive Rolle bei der Strombeschaffung bzw. Energieerzeugung einnimmt und dies nicht den Elektrizitätswerken des Kantons Zürich EKZ überlässt, welche sich im Übrigen nach Miautons Meinung ohnehin eine marktherrschende – gar monopolistische – Stellung erschaffen haben. Wenn das gemeindeeigene Engagement auch in anderen Kommunen Schule macht, so begünstigt dies auch die Bekämpfung der monopolistischen Stellung einzelner Stromkonzerne.

Roger Miauton referenziert zur Arbeitsweise und zum Spirit, wie es bei einem Projekt bei dem Miauton selbst beteiligt war, von statten ging (akkubetriebener Lastwagen).

Der Einsatz von Steuergeldern in der vom Stadtrat beantragten Sache erachtet er als problematisch, weshalb auch die SVP-Fraktion den Dispositivpunkt 1 des stadträtlichen Antrages grossmehrheitlich ablehnt.

Ferner regt die SVP-Fraktion an, eine städtische Energiekommission ins Leben zu rufen. In einem solchen Gremium könnten Delegationen des Stadtrates und Abordnungen des Parlamentes unter Beizug von kundigen Fachpersonen (z.B. Stadtarchitektin, Energieberater und Mitglieder des Forum 21) die künftige strategische Ausrichtung in Sachen Energieszenarien diskutieren.

In der Folge gibt Gemeinderat Miauton bekannt, dass die Fraktion auch Dispositivpunkt 2 grossmehrheitlich verwirft. Der beantragte Rahmenkredit vermag keine Begeisterung auszulösen. Vielmehr soll der Grosse Gemeinderat sich bei jedem einzelnen Projekt zu energetisch förderlichen Massnahmen äussern können.

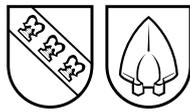
Zusammenfassend kommt Miauton empfehend zum Schluss, den Dispositivziffern 1 und 2 des stadträtlichen Antrages die Zustimmung zu verweigern; hingegen die Antragsziffern 3 und 4 anzunehmen.

Gemeinderat André Büecheler, SVP, äussert sich kritisch. Die Vorredner hätten sich in ihren Voten auf verschiedene Zeitungsartikel berufen, in welchen das Thema nachhaltige Investition in die Zukunft abgehandelt wurde.

Der vom Stadtrat beantragte Kredit für Naturstrom sei aber nicht als nachhaltige Investition zu betrachten. Hierbei würde der Grosse Gemeinderat Geld bewilligen für ein Objekt, nämlich Strom, welches man ohnehin auf dem Markt beziehen kann – und im vorliegenden Fall erst noch teurer wäre; insbesondere vor allem deshalb, weil es über ein Label verfügt. Das sei nun wirklich nicht nachhaltig.

Die Stadt würde gut daran tun, in sparsame Beleuchtungsmittel für die öffentlichen Strassen, Wege und Plätze zu investieren (LED-Technologie).

Im Übrigen sei es die spezielle Kompetenz des Stadtrates, zu entscheiden, wie und wo er seinen Strom beschafft bzw. einkauft. Im Allgemeinen soll der Grosse Gemeinderat hierfür nur über das Budget die entsprechenden Gelder bewilligen – der Stadtrat vermag dann selbst zu entscheiden, welche Qualität Strom er der Bevölkerung zur Verfügung stellen will.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 11. Juli 2013

Finanztechnisch sei der gewählte Rahmenkredit nicht im Sinne Buechelers resp. der SVP-Fraktion. Für eine positive Unterstützung der Anträge des Stadtrates sei in solcher Hinsicht hier der Objektkredit das zielführendere Mittel.

Was am stadträtlichen Antrag ebenso wenig gefällt: Die Folgekosten sind in der Antragsschrift nicht ausgewiesen (insbesondere die Kapitalfolgekosten nicht), denn 8 bis 10 % der Investitionskosten seien für Wartung, Reparaturen usw. wiederkehrend einzusetzen.

Sein Votum schliessend, bittet Gemeinderat Buecheler die Mitglieder des Grossen Gemeinderates, dass diese dem Stadtrat bitte weiterhin dessen kompetentes Ermessen zugestehen mögen. Der Handlungsspielraum des Exekutivorgans soll nicht im Rahmen solcher Geschäfte eingeschränkt werden.

Gemeinderat Hans Zimmermann, GP/GLP, leitet ein, dass er sich zuerst nicht zur Thematik äussern wollte. Nachdem nun Roger Miauton und auch André Buecheler noch ziemlich viele Unwahrheiten verbreitet haben, hätte es ihn sprichwörtlich aus seinem Sitz „gelupft“.

Der Stadtrat habe eine erstklassige Vorlage ausgearbeitet, die schliesslich mehr umfasste, als man sich eigentlich wünschte bzw. erhoffte. Im Nachblick ist Hans Zimmermann froh, habe man seinerzeit nicht an der Form der Motion festgehalten, da das Postulat dem Stadtrat viel mehr Spielraum zur Ausgestaltung frei liess.

Gemeinderat Zimmermann bedankt sich bei Stadtrat Fürst, bei Stadtarchitektin Ivana Vallarsa und beim Energieberater Kurt Plodeck für deren Bemühungen zur Ausarbeitung dieses Geschäftes.

Hans Zimmermann regt an, zu bedenken, dass die Stadt das, was sie selbst produzieren könnte, auch in Eigenregie bewerkstelligen soll. Denn es sei nicht zu vernachlässigen, dass dies auch einen Gewinn generieren kann.

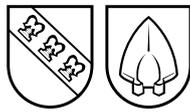
Die rechte Ratshälfte halte immer die Berücksichtigung und Förderung des lokalen Gewerbes hoch. Er könne deshalb nicht verstehen, weshalb sich hier die einzelnen Vertreter derart negativ äussern. Die Erstellungsarbeiten solcher Photovoltaikanlagen würden wohl dereinst auch dem lokalen Gewerbe zu Gute kommen.

Wörtliches Zitat: „Hey Jungs, sonst seid ihr auch auf dieser Schiene – nur wenn es um den Strom geht, tickt ihr nicht richtig“.

Der Ratspräsident schätzt die noch verbleibende Anzahl an Stimmen ab und macht beliebt, dass die nachfolgenden Redner die Debatte allmählich abrunden mögen.

Gemeinderat Hansruedi Wespi, SVP, ruft die letzte denkwürdige Budgetdebatte in Erinnerung. Viele Mitglieder des Grossen Gemeinderates hätten dazumal Vieles entgegen ihrer Überzeugung gestrichen und gekürzt.

Kaum ein halbes Jahr später scheinen die damaligen Diskussionen bereits vergessen. Wespi stellt die schon fast rhetorische Frage, ob sich denn nun die städtischen finanziellen Verhältnisse innert derart kurzer Frist markant verbessert hätten.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 11. Juli 2013

Gemeinderat Andreas Hasler, GP/GLP, stellt klar, dass eine Parlamentsdebatte so lange zu dauern habe, bis alle gemeldeten Votanten gesprochen haben.

Ferner widerlegt er die aufgestellte Behauptung, wonach die Budgetabnahme das Mass aller Dinge für alle Geschäfte von finanzieller Tragweite sei. Auch im Nachgang sind solche Geschäfte statthaft.

Stadtrat Philipp Wespi, JLIE/FDP, Ressort Finanzen, gibt in Anlehnung an das Votum seines Namensvetters unterdessen bekannt, dass sich der städtische Finanzhaushalt in keinster Weise erholt habe und immer noch dieselbe Ausgangslage wie anlässlich der vergangenen Budgetdebatte besteht.

Gemeinderat Urs Gut, GP/GLP, meint, dass Ökostrom wohl nun definitiv ein nachhaltiges Produkt darstelle – er sei immerhin auch sozialverträglich. Aus dem Atomstrom liesse sich, ökonomisch betrachtet, im Grunde nur wenig Profit erwirtschaften; nicht so beim Solarstrom, wo viele Zulieferer profitieren. Auf dem Markt bestehen viele innovative Firmen, die sich in diesem Bereich durch fortschrittliche Patente und Erfindungen hervor getan haben.

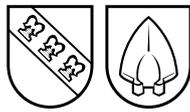
Interessant sei es, zu beobachten, dass zwar viele der Antragsgegner auf die Atomkraft schwören, bei der Diskussion um Endlagerungsabfälle oder bei Standortfragen sich aber nicht um Lösungen bemühen. Hingegen stören die Solargerätschaften und –anlagen viel weniger – die Förderung derselben würde deshalb aber nicht unterstützt, was fragwürdig sei.

Für Gemeinderat Gut ist der stadträtliche Antrag schlüssig und nachvollziehbar.

Gemeinderat Ueli Kuhn, SVP, bemängelt, dass sich die Stadt Illnau-Effretikon als Energiestadt rühme. Gleichzeitig werde man diesseits aber eingeschränkt, wenn man beabsichtige, eine Photovoltaikanlage zu erstellen. Bewilligungsfähig seien nur eine gewisse Anzahl Quadratmeter an Solarpanels – und das genüge nicht in jedem Fall, um den Bedarf zu decken.

Gemeinderat Mathias Ottiger, SVP, meint spassend, dass die SVP nicht für diesen Antrag stimme, da die SVP-Dachdecker sonst mit Arbeit überhäuft würden.

Gemeinderat Ottiger kann die angeführte Argumentation der Vorredner nicht nachvollziehen. Es werde ins Feld geführt, dass nach A auch B gesagt werden müsse. Nur, wer hätte dies zu entscheiden? Ottiger stellt in Frage, ob das Parlament legitimiert sei, an dieser Stelle über ideologische Auslegungen zu diskutieren, die letztendlich in der Frage münden, ob man nun für oder gegen Atomstrom sei. Wäre es nicht vielmehr Sinn und Aufgabe, sich über um den maroden Finanzhaushalt zu kümmern? Die Stadt müsse nun dringend Handlungsbedarf erkennen, ihre hohen Investitionen in den Griff zu kriegen. Dazu wäre es wünschenswert, die Verfechter des Gegenlagers würden auch im Finanzbereich die „Wer A sagt, muss auch B sagen“-Taktik nachvollziehen.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 11. Juli 2013

Stadtpräsident Ueli Müller, SP, gesteht ein, dass Vieles, was von beiden Seiten her argumentiert wurde, korrekt sei. Letztendlich sei es eine Einstellungssache, ob man nun pro oder contra Atomstrom sei.

Stadtpräsident Müller räumt ein, dass es letztendlich das durch den Grossen Gemeinderat überwiesene Postulat war, welches den Stadtrat zur Ausarbeitung dieses Antrages veranlasste. Die Sache entspringt also nicht irgendeiner Sinneseingebung, sondern sei formell nachgewiesen.

Der Stadtrat habe sich bemüht, eine möglichst moderate und ausgewogene Vorlage auszuarbeiten. Die Mehrausgaben beschränken sich auf Fr. 61'000.-; bei der durch den Postulanten angedachten Umsetzung wären die Kosten auf Fr. 85'000.- zu stehen gekommen. Man habe denn auch nicht Strom des teuersten Labels gewählt, sondern sich mit Bedacht für das zweitbilligste der vier zur Verfügung stehenden Angebote entschieden.

Im Übrigen gehe die Vorlage einher mit der Zielstrategie des Stadtrates bezüglich Energiezukunft und deren Entwicklung 2008-2050. Das Dokument wurde seinerzeit dem Grossen Gemeinderat zur Kenntnisnahme übermittelt.

1/10 des Zielvolumens habe man bereits erreicht. Stadtpräsident Müller zeigt sich zuversichtlich, dass auch die übrigen 9/10 bis ins Jahr 2030 noch erklommen werden. Anders ausgedrückt sollen dazumal 1 m² Solarzelle pro Einwohner erstellt sein.

Ueli Müller erklärt dezidiert, dass - entgegen anderer Meinungen - das Energiestadt-Label nicht das Ziel aller Ziele der Stadt sei. Allerdings sei es wichtig, dass die Stadt Illnau-Effretikon als Vorbild agiere. Lange habe man diesbezüglich als Pionier- und Vorzeigestadt gegolten; ungern rücke man von diesem Status ab.

Stadtpräsident Ueli Müller macht beliebt, beiden Dispositivpunkten zuzustimmen.

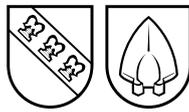
ABSTIMMUNG

DER GROSSE GEMEINDERAT

- gestützt auf den Antrag des Stadtrates und in Anwendung von § 18 Ziffer 1 sowie § 26 Ziffer 3 und 4 der Gemeindeordnung -

BESCHLIESST:

1. Für den Bezug von 100 % „EKZ Naturstrom basic“ für die städtischen Anlagen, wird ein jährlich wiederkehrender Kredit für die Mehrkosten von Fr. 36'000.- zu Lasten der jeweiligen Strom-Konten der Laufenden Rechnung genehmigt.
2. Für den Eigenbau von Photovoltaik-Anlagen wird ein Rahmenkredit von Fr. 375'000.- zu Lasten der Investitionsrechnung Konto 400.5650.03 (neues Konto) genehmigt.
3. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.
4. Die Beantwortung des Postulates von Gemeinderat Urs Gut, GP, und Mitunterzeichnenden betreffend „Strom nach EKZ-Angebot“ wird zur Kenntnis genommen und der parlamentarische Vorstoss als erledigt abgeschrieben.
5. Die Ziffern 1. und 2. dieses Beschlusses unterstehen dem fakultativen Referendum.



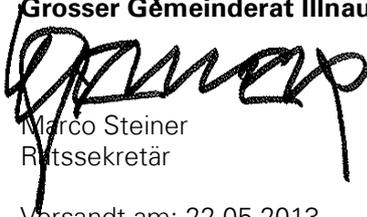
AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
Sitzung vom 11. Juli 2013

6. Mitteilung durch Protokollauszug an:
- a. den Stadtrat, zweifach,
 - b. die Abteilung Hochbau,
 - c. die Abteilung Finanzen,
 - d. das Ratssekretariat, dreifach.

Über die Dispositivpunkte 1 und 2 des vorstehenden Beschlusses ergehen zwei separate Abstimmungen, die letztendlich aber beide dasselbe Resultat an den Tag liefern. Beide Anträge werden jeweils mit 16 : 14 Stimmen angenommen.

Für getreuen Auszug aus dem Protokoll

Grosser Gemeinderat Illnau-Effretikon



Marco Steiner
Ratssekretär

Versandt am: 22.05.2013

ms